

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 110

KARL HONAY

II. Ausgabe.

Wien, am 19. April 1932.

Verbreitung von beunruhigenden Gerüchten anlässlich der Gemeinderatswahlen.

Ein heutiges Wiener Mittagsblatt bringt die Nachricht, dass im Wiener Rathaus Pläne über Delogierungen von Mietern in Gemeindehäusern, über den Verkauf von städtischen Betrieben und über einen Massenabbau und Lohnkürzungen bei den Gemeindeangestellten fix und fertig vorliegen. Sämtliche Mieter, die in Gemeindehäusern wohnen und seit 6 Monaten keinen Zins mehr bezahlt haben, sollen nach den Wahlen delogiert werden. 40 Prozent aller Mieter sollen Zinsrückstände haben. Daher sollen einige tausend Menschen betroffen werden. Die Mietzinsbeihilfen, die bisher arbeitslosen Mietern gewährt werden, sollen nicht weiter geleistet werden. Die Gemeinde beabsichtigt auch, sich der Sorge für städtische Gemeindebetriebe durch Verkauf oder Verpachtung an Privatunternehmer zu entledigen. Ferner soll nach den Wahlen ein Massenabbau und tiefeinschneidende Gehaltskürzungen bei den städtischen Angestellten im Einvernehmen mit dem Gewerkschaftsverband der Wiener Gemeindebediensteten durchgeführt werden. Endlich sollen die Strassenbahntarife erhöht werden.

An all diesen Nachrichten ist kein Wort wahr. Sie sind vollständig aus der Luft gegriffen. In den städtischen Wohnhäusern besteht überhaupt kein nennenswerter Mietzinsrückstand. Die Angabe dieses Blattes, dass 40 Prozent aller Mieter mit ihrem Zins im Rückstand seien, ist geradezu absurd. Bei der letzten Budgetberatung wurde vom zuständigen Stadtrat für das Wohnungswesen festgestellt, dass die Zinsrückstände nicht einmal 2 Prozent ausmachen, also ganz unbedeutend sind, und sich keineswegs vom Durchschnitt der Rückstände an Zins in Wiener Privathäusern unterscheiden. Die Gemeinde hat niemals wegen Zinsrückstände, die in Arbeitslosigkeit oder Zahlungsunfähigkeit begründet sind, jemanden obdachlos gemacht, weil sie gerade in solchen Fällen selbst wieder als Gemeinde einzugreifen gezwungen wäre. Selbstverständlich tritt auch in der bisherigen Praxis im Pensionswesen gar keine Veränderung ein und von einer Kürzung der Mietzinsbeihilfen war überhaupt niemals die Rede.

Was die Behauptung anlangt, dass ein Abbau von Angestellten geplant sei, so ist darauf zu verweisen, dass die Gemeinde selbst zur Zeit des Massenabbaues beim Bund keinen Zwangsabbau vollzogen, sondern sich im Jahre 1923 mit einem freiwilligen Austritt von Angestellten aus dem städtischen Dienst begnügt hat. Auch heute bestehen solche Pläne nach gar keiner Richtung hin. Die Gemeinde hat auch mit keiner Gewerkschaft Verhandlungen ^{oder} auch nur Besprechungen wegen eines Gehaltsabbaues geführt. Sie hat sich vielmehr sogar bei den im Vorjahre bei allen Gobietskörperschaften notwendig gewordenen Kürzungen weit unter dem Ausmass der beim Bund erfolgten Abstriche gehalten. Eine Erhöhung der Strassenbahntarife wird nicht in Erwägung gezogen, was ja in einer Zeit sinkender Frequenz ganz und gar ausgeschlossen wäre. Auch an irgendeine Abstossung von Gemeindebetrieben ist niemals auch nur gedacht worden. Es ist auch unzutreffend, dass das Ziegelwerk in Oberlaa und das Granitwerk in Mauthausen an die Gesäba veräußert worden seien. Diese Gesellschaft, an der ausschliesslich der Bund und die Gemeinde Wien beteiligt sind, ist nur mit der treuhändigen Führung dieser kaufmännischen Betriebe beauftragt worden.

Zusammenfassend sei also noch einmal festgestellt, dass die Angaben des Mittagsblattes völlig haltlose Erfindungen sind, die nur dem Zwecke dienen, Unruhe zu stiften.